

Die sprachbedingten Mehrkosten klären

Mit einem Vorstoß zur „geschlechtergerechten“ Sprache sorgt die rot-rot-grüne Landesregierung für Diskussionen in Thüringen. Nicht nur bei der Opposition stößt der Plan auf Skepsis.

Von Sebastian Haak

Erfurt – „Als ob wir keine anderen Sorgen hätten als diesen Unsinn“ – so lauten noch die harmlosesten Kommentare im Internet auf den am Montag bekannt gewordenen Plan der Landesregierung, mehr geschlechtergerechte Formulierungen zum Beispiel in amtlichen Schreiben oder bei der Bezeichnung von Landeseinrichtungen zu verwenden. Zum Beispiel statt „Studentinnen und Studenten“ lieber „Studierende“.

„Geschlechtergerechtigkeit wird bestimmt nicht dadurch hergestellt, dass man die Türschilder oder Briefköpfe irgendwelcher Behörden austauscht“, hieß es am Montag bei der CDU-Landtagsfraktion. Deren

gleichstellungspolitischer Sprecher Henry Worm sagte, für ihn seien viele Fragen offen. Thüringens Sozialministerin Heike Werner dagegen verteidigte die Pläne der Landesregierung.

In einer – nicht repräsentativen – Abstimmung im Internet bekundeten lediglich sechs Prozent der Teilnehmer ihre Zustimmung zu den Plänen, rund 70 Prozent schlossen sich der Aussage an: „So ein Quatsch. Die sollen sich lieber mit der Verständlichkeit der Behörden-Sprache befassen.“

Permanent übersetzen

Unsere Zeitung hatte berichtet, dass sich das Kabinett der Landesregierung in einer seiner nächsten Sitzungen auf Initiative Werners damit beschäftigen wird, wie in Thüringen „gendersensible Sprache“ stärker verbreitet werden kann. Dazu hat Werners Ressort bereits eine Kabinettsvorlage erstellt, die gegenwärtig mit anderen Ministerien des Freistaates abgestimmt wird. In den dieser Kabinettsvorlage beigefügten Empfehlungen heißt es unter anderem, es reiche nicht aus anzunehmen, dass die männliche Form eines Wortes



Sortieren nach Mann und Frau: Auf Grünen-Parteitag soll so die Geschlechtergerechtigkeit bei Wortmeldungen gesichert werden. Foto: dpa/Archiv

wie „Bürger“ sowohl Männer als auch Frauen einschließe. Diese Annahme „erfüllt den Grundsatz der geschlechtergerechten Sprache nicht“, steht in den Empfehlungen. „Sie mutet den Frauen eine permanente Übersetzungsleistung zu.“

Worm sagte, ihm sei insbesondere die Tragweite des beabsichtigten Kabinettsbeschlusses zur geschlechtergerechten Sprache „völlig unklar“. Auch die Kosten, die der Verwaltung

dadurch entstehen könnten, wolle er erfragen, kündigte Worm an. Er wolle eine parlamentarische Anfrage an die Landesregierung richten. „Sollte dieser Kabinettsbeschluss am Ende solche Auswüchse wie die Umbenennung des Thüringer Studentenwerks in Studierendenwerk annehmen, lehnen wir den Beschluss ab und appellieren an die Vernunft der Landesregierung“, sagte Worm. Rot-Rot-Grün hat sich schon in sei-

nem Koalitionsvertrag darauf verständigt, dass das Studentenwerk demnächst Studierendenwerk heißen soll. Schätzungen gehen davon aus, dass diese Umetikettierung bis zu 200.000 Euro kosten könnte.

Werner dagegen erklärte, die Landesregierung wolle beim Thema geschlechtergerechte Sprache „mit gutem Beispiel vorangehen“. „Wir alle verwenden im Alltag unbedacht Bezeichnungen, die allein die Männer erfassen“, sagte sie. So werde zum Beispiel noch immer gesagt: „Ich gehe zum Arzt“ – auch wenn der Arzt eine Frau sei. „Das ist kein Drama. Aber es passt nicht zu einer modernen Gesellschaft, in der die Gleichberechtigung von Frauen und Männern selbstverständlich ist“, sagte Werner.

Vorwürfe, die Verwendung von geschlechterspezifischen Formulierungen kosteten Geld, wies sie zurück. „In Anschreiben oder in Publikationen Frauen und Männer gleichermaßen zu nennen, kostet keinen Cent“, sagte Werner. Wenn sich etwa in einem Vordruck noch veraltete Bezeichnungen fänden, reiche es vollkommen aus, diese zu verändern, wenn ein Nachdruck ohnehin anstehe.